

ANTRAG

der Fraktion der SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Erhalt von Arbeitsplätzen und Schaffung neuer Perspektiven für die von der Insolvenz betroffenen Standorte der MV Werften

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Schiffbau und maritime Industrie bilden einen wichtigen industriellen Kern im wirtschaftlichen Gesamtgefüge des Landes und haben eine lange Tradition sowie eine besondere Bedeutung für das Küstenland Mecklenburg-Vorpommern. Die Beschäftigten auf den Werften haben mit ihrem Einsatz und ihrer Expertise zur Wertschöpfung im Land beigetragen.
2. Unter anderem im hochkomplexen Bau modernster Kreuzfahrtschiffe verfügen die Unternehmen des Landes, insbesondere auch die MV Werften, über umfangreiche Expertise. Genting Hong Kong hat seit 2016 umfangreich in die Standorte Stralsund, Rostock und Wismar investiert und konnte bis zur Corona-Pandemie eine Erfolgsgeschichte schreiben. Dies hat auch die vielen, nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern deutschlandweit ansässigen maritimen Zulieferer und Dienstleister, gestärkt. Landesregierung und Bundesregierung haben diese Entwicklungen aktiv und maßgeblich unterstützt.
3. Die fortdauernde Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen insbesondere auf den Kreuzfahrtmarkt haben zu Liquiditätsengpässen der MV Werften und von Genting Hong Kong geführt. Durch wiederholte gemeinsame Anstrengungen der Landesregierung sowie der Bundesregierung ist es 2020 und 2021 zunächst gelungen, die MV Werften durch die Corona-Krise zu begleiten. Zu den ergriffenen Maßnahmen zählen unter anderem die Übernahme von Landesbürgschaften sowie die Zusage eines Landesdarlehens an Genting Hong Kong, dass die Bundesregierung als Bedingung für die Gewährung von Mitteln aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds des Bundes gefordert hatte. Alle diese Maßnahmen sind mit Zustimmung und breiter, fraktionsübergreifender Unterstützung des Landtages erfolgt.

4. Der Landtag hat hierbei mehrfach die Landesregierung in ihrer Position bestärkt, auf der Grundlage einer positiven Fortführungsprognose alle rechtlich möglichen und wirtschaftlich vernünftigen Maßnahmen zur Unterstützung der MV Werften und seiner Beschäftigten zu ergreifen. Dafür sind stets gemeinsame Beiträge des Eigentümers der Werften, des Landes und des Bundes erforderlich gewesen, da eine Unterstützung der MV Werften nur als gemeinsame Kraftanstrengung aller Beteiligten gelingen kann. Für den Fortbestand der MV Werften und die Fertigstellung der im Bau befindlichen Schiffe ist in Krisensituationen auch ein zusätzlicher Beitrag des Hauptgesellschafters der Genting-Gruppe notwendig.
 5. Nach den im Dezember 2021 erneut aufgetretenen Liquiditätsproblemen der MV Werften haben Bundesregierung und Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern in langanhaltenden Verhandlungen mit Genting Hong Kong, dessen Hauptgesellschafter sowie den beteiligten Banken und Finanzinstituten intensiv nach Möglichkeiten für eine Aufrechterhaltung des Werftbetriebs und die Fertigstellung der Global 1 gesucht. Dank des politischen Einsatzes der Landesregierung und mit breiter Unterstützung der Mehrheit der Fraktionen des Landtages ist es gelungen, dass die Bundesregierung Genting Hong Kong ein Angebot vorgelegt hat, welches einen Weiterbau des Schiffes mit Unterstützung durch den WSF ermöglicht hätte. Die Landesregierung hat gegenüber der Geschäftsführung der MV Werften und Genting Hong Kong ungeachtet des bereits laufenden Rechtsstreits über die Auszahlung des Landesdarlehens auch noch in den letzten Tagen vor der Insolvenzantragstellung ihre Bereitschaft erklärt, dieses Darlehen auszuführen, um so die MV Werften zu unterstützen. Bedingung dafür war eine Einigung zwischen Genting Hong Kong und Bundes- sowie Landesregierung. Die Landesregierung hat auf höchster politischer Ebene Gespräche dazu geführt, um eine solche Einigung herbeizuführen.
 6. Genting Hong Kong und dessen Hauptgesellschafter haben trotz dieser Bemühungen das Angebot des Bundes nicht angenommen beziehungsweise die Bedingungen dieses Angebotes nicht erfüllt. Damit war es für das Land nicht mehr vertretbar, ein Landesdarlehen an Genting Hong Kong auszuführen. Diese Mittel allein hätten die Notlage von Genting Hong Kong nicht beseitigen können. Die Auszahlung des Darlehens an Genting Hong Kong für eigene Bedarfe hätte die Liquidität der MV Werften nicht gesichert und damit auch die Insolvenz der Werftbetriebe nicht verhindern können.
- II. Die Insolvenz ist mit großen Belastungen und Unsicherheiten für die Beschäftigten und deren Familien, die Zulieferer und Dienstleister sowie die Werftstandorte insgesamt verbunden. Der Landtag bekräftigt seine Solidarität mit ihnen und fordert die Landesregierung auf, weiterhin alles rechtlich Mögliche und wirtschaftlich Vernünftige zu tun, um den Beschäftigten der Werftbetriebe zu helfen und den Werftstandorten in dem anstehenden Insolvenzverfahren eine wirtschaftliche Perspektive aufzuzeigen.

- III. Damit nach der Insolvenzeröffnung eine zeitnahe Fortbeschäftigung an den Werftstandorten ermöglicht und der Schaden des Landes aus den übernommenen Bürgschaften so weit wie möglich gemindert werden kann, erwartet der Landtag, dass gemeinsam mit der Bundesregierung und dem (vorläufigen) Insolvenzverwalter alle Anstrengungen unternommen werden, um noch eine Fertigstellung des Schiffes Global 1 im Insolvenzverfahren zu erreichen, sofern für das Schiff eine Abnahme zu wirtschaftlich annehmbaren Bedingungen gefunden werden kann. Der Landtag begrüßt in diesem Zusammenhang die geplante Einrichtung einer hochrangigen gemeinsamen Arbeitsgruppe von Landes- und Bundesregierung. Soweit eine zeitnahe Fortbeschäftigung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Werftbetriebe im Insolvenzverfahren nicht ermöglicht werden kann, bittet der Landtag die Landesregierung, alle Möglichkeiten zu sondieren, dass für einen möglichst großen Teil von ihnen eine zeitlich begrenzte Auffanglösung in einer Transfergesellschaft gefunden werden kann.
- IV. Für die maritime Industrie in Mecklenburg-Vorpommern bestehen nach wie vor große wirtschaftliche Potenziale im Bereich der Offshore-Windenergie sowie im Schiffbau, der Umrüstung beispielsweise mit umweltfreundlichen Antriebstechnologien und der Reparaturarbeiten. Insbesondere im Hinblick auf den Bau großer Konverterplattformen für Offshore-Windparks haben die Werften in Mecklenburg-Vorpommern mit ihren Referenzprojekten in der Vergangenheit besondere Kompetenzen erworben und können auf diesem Sektor der Energiewende eine Schlüsselposition einnehmen. Der Landtag begrüßt die Initiativen der Landesregierung, potenzielle Investoren aus dieser Branche zu gewinnen. Der Landtag erwartet von der Bundesregierung, die Werften des Landes auch bei der weiteren Konzeption der Energiewende in dieser Hinsicht besonders zu berücksichtigen und für geeignete Rahmenbedingungen für Investitionen in große Offshore-Strukturen und Anlagen zu sorgen.
- V. Im Hinblick auf die Vorbereitung von alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten sowie die Ansiedlung neuer Arbeitsplätze an den Werftstandorten begrüßt der Landtag den Vorschlag der Landesregierung, regionale Arbeitsgruppen am jeweiligen Werftstandort mit Beteiligung der Standortkommune, der regionalen Wirtschaft, der regionalen Arbeitsagenturen und der Sozialpartner mit dem Ziel einzurichten, die Fachkräfte an den Standorten und in der Region zu halten und ihnen neue zukunftssträchtige Beschäftigungsperspektiven zu bieten.

Julian Barlen und Fraktion

Jeannine Rösler und Fraktion

Dr. Harald Terpe und Fraktion

René Domke und Fraktion